

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshol, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwerk, Holme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Ruppberg, Radevormwald, Breckerfeld, usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westf.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse Anzeiger Halver.

Nr. 126

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Posthalter abgeholt 3,- M., durch die Boten 3,40, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht 3,42 Mark.

Halver

Dienstag, den 3. Juni 1919.

Anzeigen: Für die einspaltige Zeile oder deren Raum 25 Hg. — Kleinanzeigen 60 Hg. — Jede Rubrikabteilung wird häufig bei zwangsweltlicher Beilegung der Gebühren.

19. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer neuen Note an Clemenceau tritt Graf Rathsamals für baldige Besserung des Loses der deutschen Kriegsgefangenen ein.
- * Die Reichsregierung hat an die Deutschen im Osten eine Mahnung zur Besonnenheit gerichtet.
- * Staatssekretär a. D. Helfferich nennt die deutschen Gegenwortsätze einen glatten Selbstmord.
- * Die mitteldeutsche Textilindustrie muß wegen Rohstoffmangels stilllegen.
- * Vom 1. Juni ab ist das Reisen auf der Eisenbahn wieder freigegeben worden. Erlaubnisscheine brauchen nicht mehr eingeholt zu werden.
- * Im Laufe dieser Woche wird die Nationalversammlung zu einer Sitzung in Berlin aufzusammentreten, um die Verfassungsvorlage zu erledigen.
- * Die katholische Geistlichkeit Ostpreußens wendet sich gegen den Vorwurf des Ministerpräsidenten Brüning, daß sie für Polen agitiere.
- * Die Führer der rheinischen Loslösungsbewegungen, die Abgeordneten Käßner und Kuchhoff, haben ihre Mandate niedergelegt.
- * Die Entente hat neue Blockadefestimmungen erlassen, die eine weitere Erleichterung bringen.
- * Pariser Blätter zufolge wird die Antwort der Entente auf die deutsche Denkschrift in etwa einer Woche erteilt werden.

Das Echo.

Die eigenen Friedensvorschlüsse oder, wie Herr Clemenceau zu sagen für richtig gefunden hat, Friedensbedingungen kennt man bis zum heutigen Tage weder in Frankreich noch in England in ihrem vollen Umfang und Zusammenhang; trotzdem heißt es jetzt, über die deutschen Friedensvorschlüsse mit bewährtem Geschick heraufzufallen und sie nach allen Regeln kritischer Kunst mit ein paar rasch hingeworfenen Federstrichen abzuhaun. Die Londoner und Pariser Sekspresse hat schon schwierigeren Aufgaben spielend gelöst — warum sollte sie also vor diesem Problem ängstlich zurückweichen?

In der britischen Hauptstadt zieht man, allen bündelgenössischen Blättern fest und fest voran, vom Leder. Wo wir uns denn jodelnde Wünsche gaben, die Friedensbedingungen seien doch einfach zur Unterzeichnung gemacht worden. Also müsse uns mitgeteilt werden, daß wir noch viel härtere Bedingungen zu gewärtigen hätten, wenn wir Ausflüchte machten, und damit sei der Fall dann zu erledigen. Ungefähr so hat ja kürzlich auch Lord George sich ausgedrückt: Die Deutschen müßten die Friedensbedingungen unterzeichnen, wenn nicht in Versailles, dann in Berlin. Wenn sich der Rat der Vier nach Berlin begeben, dann müsse er jedoch eine Armee hinter sich haben. Fragt sich nur, wie diese Armee aussehen würde, ehe sie bis an die Spree gelangt. Ein anderes Londoner Blatt fragt voller Entrüstung, ob man nicht einsehen, daß eine gewissenhafte Prüfung der deutschen Friedensvorschlüsse für die Staatsmänner der Entente eine Arbeit von Wochen und Monaten bedeute, und das könne man ihnen im Ernst doch nicht zutrauen. Höchstens einen Auszug der Gegenwortsätze könne man ihnen noch zumuten, und allenfalls die wirtschaftlichen Bedingungen könnten rezipiert werden. Selbstverständlich, daß die große und gebaltige „Times“ unsere Friedensvorschlüsse in Bausch und Bogen verwirft; allenfalls gilt ihr das Angebot einer großen finanziellen Entschädigung als Beweis dafür, daß Deutschland nicht so dicht vor dem Bankrott stehe, als man glauben machen wolle. Selbst die „Daily News“, die dem Imperialismus spinnend ist, meint, daß die maßgebenden Personen der Entente vielleicht es ablehnen würden, ihre Beschlüsse noch einmal zu beraten, weil sie — durch die Verhandlungen dieser Monate zu sehr erschöpft seien — wie sagte doch einmal unser alter Kaiser: „Ich habe keine Zeit mehr zu sein!“ — und wenn die moralischen Gründe für eine Revision der ungerechten Entscheidungen auch noch so stark sein mögen. Aber die Revision werde sich doch wohl als unvermeidlich erweisen, und die staatsmännische Kunst der Ästheten stehe jetzt vor einer entscheidenden Probe. In dessen, dieses Blatt hat heute in England wenig oder gar nichts zu bedeuten; der Ton der Musik wird von anderen Presseninstrumenten bestimmt.

Unannehmbar, unverkennbar, hochmütig und beleidigend sind diese deutschen Gegenwortsätze — so hieß es sofort in der Pariser Boulevardpresse. Aber da klangen über das Große Wasser andere Stimmen herüber, und so hielt man es zunächst doch für klüger, erst einmal abzuwarten. In Amerika wird, soweit Pariser Meldungen ein Urteil gestatten, die Einleitung von Verhandlungen mit Deutschland auf Grund seiner Friedensvorschlüsse für möglich und für angebracht gehalten, ja, die Washingtoner Regierung soll bereits zu erkennen gegeben haben, daß sie grundsätzlich bereit sei, über drei Fragen in Verhandlungen mit uns einzutreten: einmal über unsere Forderung, sofort als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerverbund aufgenommen zu werden, dann über die Frage des Schadenersatzes, und endlich über die Volksabstimmungen in den abzutretenden östlichen Gebieten. Das wäre doch wenigstens ein Anfang, und so sehr die Franzosen sich bemühen, unser Schadensangebot von hundert Milliarden, für das allerdings vielen Deutschen jedes Verständnis abgeht, als einen Bluff darzustellen, mit dem wir uns genauer gefaßt und zeitlich nähergerückt Verpflichtungen entziehen wollten, so kommen sie doch nicht darüber hinweg, daß gerade diese runde Summe den Amerikanern ganz verlockend in die Ohren klingt. Da weiß man doch wie und wo, sozusagen. Und damit nicht genug: auch Wilson soll bereits seine Genehmigung zu erkennen gegeben haben, die deutschen Vorschläge zu prüfen und ihnen bis zu einer gewissen Grenze entgegenzukommen. Nach einem Jahre etwa Deutschland in den

Völkerverbund aufzunehmen, sei er an und für sich bereit, ebenso die Frage unserer Ostgrenze neu aufzuwerfen; auch gegen eine Überprüfung der Schuldrage und der damit verbundenen Schadenersatzfrage wolle er sich nicht auflehnen — kurz, nach allem, was man in Paris hört, hat man Grund vorsichtig zu sein, und so beschränken sich die Blätter nach dem ersten raschen Sturm auf unsere Vorschläge von der Notwendigkeit zu sprechen, es kurz zu machen, denn die ganze Welt wolle doch endlich zum Frieden kommen. Vielleicht könne man zunächst eine Art Vorfrieden unterzeichnen, der die von Deutschland zu übernehmenden Verpflichtungen nur in großen Zügen festlege. Auch die Frage der Auslieferung Wilhelms II. brauche dabei kein Hindernis zu bilden. Man gibt zu, daß auf sie in Japan und Belgien z. B. kein übermäßiges Gewicht gelegt wird, und gibt zu verstehen, daß auch England, vorläufig doch immer noch sozusagen ein monarchischer Staat, in diesem Punkte nicht unanfechtbar sein würde. Im übrigen bleibt man auf der Lauer — selbstverständlich jeden Augenblick bereit, andere Töne anzuschlagen, wenn der eigene Vorteil oder der Befehl von oben es so heischen sollte.

Nur eins noch verdient angemerkt zu werden: Wilson hat dem Viererrat mitteilen lassen, daß er die Abmachungen des Londoner Vertrages, der die türkische Beute zur Verteilung brachte, noch ehe sie erlegt war, nicht gutheißen könne, und daß die Vereinigten Staaten sich von jeder Regelung, in der dieser Vertrag anerkannt werde, fernhalten würden. Diese anscheinend vom amerikanischen Senat erzwungene Stellungnahme des Präsidenten wird den „alliierten und assoziierten“ Regierungen wohl gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders unerwünscht sein. Für uns kann durch sie das Spiel der Kräfte im todbringenden Endkampf vielleicht ein klein wenig zu unseren Gunsten verschoben werden. Aber auch wirklich nur ein klein wenig. Was unsere Friedensvorschlüsse in jedem Falle für das deutsche Volk bedeuten, davon können sich wohl nur die wenigsten unter uns jetzt schon eine zutreffende Vorstellung machen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Die Reichsregierung an die Ostmark! Die Reichsregierung hat an die Deutschen im Osten einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: „Deutsche im Osten! Bewahrt das Reich vor dieser Lebensgefahr durch Ruhe und Disziplin! Laßt keine unruhigen Köpfe das Schicksal Deutschlands und vor allem des deutschen Ostens gefährden! Verhandlungen, nicht Kampf! Das muß jetzt die Parole sein! Werben unsere Friedensvorschlüsse abgelehnt, so wird die Reichsregierung ihre Entschlüsse für Reich und Deutschland so fassen, wie es für das Leben des ganzen Volkes notwendig ist! Wir kennen unsere Verantwortung für die Gegenwart und die Zukunft!“

* Der katholische Altklerus Ostpreußens wendet sich durch den Domprobst vom Ermland, Sander, mit Entschiedenheit gegen die Behauptung des preussischen Ministerpräsidenten Brüning, daß die katholische Geistlichkeit Ostpreußens aus persönlichen Gründen für den Anschluß an Polen agitiere. In der Erklärung heißt es u. a.: „Wir sind wir dem, nachdem wir so viel Gutes und Nachahmenswertes der früheren Zustände in den Abgrund des 9. November geworfen haben, ausgerechnet den schlimmsten Fehler des alten Regimes — falsche Informationen der leitenden Staatsmänner — in die neue Zeit hinübernehmen? Es ist ganz unmöglich — ja es wäre eine bewußte Verleumdung — daß einer, der den Geist und die Wünsche des deutschen, ohpreussischen katholischen Altklerus kennt, von ihm behauptet, er neige zu Polen oder agitiere gar für dasselbe.“

* Das neue bayerische Kabinett. Unter der Voraussetzung, daß sich der Widerstand der Baugewerkschaften heben läßt, dürfte das Ministerium folgendermaßen zusammengefaßt werden: Vorsitz, Aukeres und Kultus: Hoffmann (Soz.), Inneres: Segis (Soz.), Militär: Schneppenhort (Soz.), Soziale Fürsorge: Endres (Soz.), Finanzen: Speck (Wager. Volksp.), Landwirtschaft: Mittermaier (D. Volksp.), Justiz: Dr. Müller-Meiningen (Dem.), Handel, Gewerbe und Industrie: Samm (Dem.), Verkehr: Trautendorfer.

* Für die trendende Gesinnung der Eingeborenen in unseren Kolonien sind in letzter Zeit so zahlreiche Beweise eingebracht, daß schon dadurch die andauernd verbreiteten Märchen von der Freude der Eingeborenenbevölkerung über die Befreiung von deutscher Herrschaft widerlegt werden. Nicht allein in Ostafrika und Kamerun, sondern auch in Südwestafrika, dem Lande des derzeitigen Herero-Krieges, bekunden die Eingeborenen ihre Unhänglichkeit und ihren Widerstand gegen die eingebrachten neuen Machthaber. In Südwestafrika beklagen die Bergdama- und Herero-Stämme das Verschwinden der deutschen Zeiten und empfinden schwer den harten wirtschaftlichen und persönlichen Druck, den die Engländer ihnen gebracht haben.

Polen.

* Kämpfe an der galizischen Front. Die polnischen Truppen halten jetzt die Eisenbahnlinie Lemberg—Brody—Cablac. In Weiskrand sollen Abteilungen die Stucka überfallen haben. Die Truppen des Generals Kottschalk stürmten nach der gleichen Quelle Drenburg und stehen an der Kasanfront in der Offensive bis zur Wiatka, das heißt 100 Kilometer von Kasan entfernt. In Südrussland erlitten die Bolschewiken eine heftige Niederlage bei Manisch, dagegen haben sie sich in den Besitz der Donez-Kohlengruben setzen können.

Aus In- und Ausland.

* Offen. Der Arbeiterrat von Dorsten hat beschlossen, vom 1. Juni ab auf Entschädigung zu verzichten und nur ehrenamtlich zu tagen.

Paris. Griechische Streikkräfte sind in Albati gegenüber Mytilene gelandet. Geringer Widerstand der Türken wurde überwunden.

London. Die „Times“ teilen mit, daß eine Landung amerikanischer Matrosen in Danzig bevorstehe und daß Vorbereitungen für die Durchführung der Friedensbedingungen hinsichtlich Danzigs getroffen worden seien.

Selsingfors. Außer der englischen militärischen Abordnung trafen in Selsingfors aus Neval amerikanische Lebensmittelbeamte mit der amerikanischen Sach- „Alvare“ ein.

Preussische Landesversammlung.

(27. Sitzung.) 11. Berlin, 31. Mai.

Der Abg. Dr. v. Krause richtet eine förmliche Anfrage an die Regierung über den Zeitpunkt der Veröffentlichung des Wortlautes der deutschen Friedensvorschlüsse. Ferner möchte er wissen, ob die Regierung nähere Auskunft über Breiten betreffende Punkte geben will.

Unterstaatssekretär Göhre erklärt, der vollständige Wortlaut werde voraussichtlich am nächsten Mittwoch der Landesversammlung vorliegen. Die Regierung sei bereit, nähere Auskunft über die preussischen Angelegenheiten im Friedensvorschlag zu geben.

Nunmehr wird die Besprechung fortgesetzt über die Bergarbeiter-Interpellationen.

Abg. Schwarz (Soz.) erklärt, seine Partei sei bereit zur Mitarbeit an den vom Minister angeführten Vorschlägen. Der Redner geht in langer Rede auf die Verhältnisse der Bergarbeiter ein.

Abg. Ommert (Dem.) mahnt, nicht so ausführlich diese Auseinandersetzungen fortzusetzen, da sonst die Geschäfte des Hauses in starker Weise leiden.

Abg. Nippel (Deutschnat. Vp.) spricht sich für Vereinheitlichung des Knappschaftswesens im Reich aus und fordert mehr sozialen Geist auf alle Lebensweisen.

Abg. Begeler (Deutsche Vp.) will alle berechtigten Wünsche der Bergarbeiter erfüllen, da die Kohlenförderung eine der wichtigsten Zukunftsgebiete sei.

Die Besprechung wird geschlossen. Zu mehreren Anträgen über die Berrüttung und den Ausbau des Eisenbahn- und Transportwesens sowie Verbesserungen auch für die Beamten und Arbeiter bringen die Abgg. Garnich (Dsch. Vp.) und Neumann-Magdeburg (Soz.) zahlreiche Wünsche vor.

Eisenbahnminister Eder, der zum ersten Male vor dem Hause spricht, drückt seine Befriedigung über die zeitgemäßen Anregungen aus. Die Lage des Staatsbahnbauwesens ist allerdings eine äußerst ernste. Während des Krieges bis 1918 sind die Ausgaben bis 30 Prozent über die Einnahmen gestiegen. 1918 war ein

Fehlbetrag von 1950 Millionen Mark

vorhanden. Im neuen Etat rechnen wir mit einem Fehlbetrag von 700 Millionen. Der erste Monat des neuen Etatsjahres, der April, hat allerdings schon eine solche Unterbilanz ergeben, daß für das ganze Jahr dementsprechend 3100 Millionen Mark Fehlbetrag entstehen würde. Wenn das so weiter ginge, hätten wir in zwei Jahren einen Fehlbetrag von 6000 Millionen. Die Lohnverhöhungen könnten nichts nützen; die einzige Rettung seien billige Lebensmittel.

Der Minister geht auf die enorme Einschränkung des Eisenbahnverkehrs ein. Am 20. April hatten wir nur noch 15 % des normalen Verkehrs der Schnell- und Personenzüge. Die Wirkungen dieser Einschränkung waren nicht allein im allgemeinen unerwünscht, sondern führten auch selbstverständlich zu Fälligkeiten, wodurch sich das Publikum der Bahnmöglichkeit verlor. So wurde mir allein von der Verwaltung in Berlin ein dicker Haufen mit gestrichelten Fabrik-erlaubnisscheinen überreicht. Gegenwärtig herrschen im Güterverkehr. Ich will alles anbieten, um wieder den Verkehr den normalen Zuständen anzunähern. Von nun ab sind die

Fahrerlaubnischeine aufgehoben

und es werden 42 % der früheren Normalzüge fahren. Um unser Eisenbahnwesen wieder aufzurichten, bedarf es aber der Beistöße aller, auch des Publikums, das nun hoffentlich auch die ersten Tage des erweiterten Verkehrs nicht dazu benutzen wird, durch übermäßigen Andrang meine Reformbestrebungen zu stören. Eiserne Pflichterfüllung von jeder Seite, bei Beamten, Arbeitern und der Regierung ist notwendig, um das Eisenbahnwesen und damit unser gesamtes Wirtschaftsleben wieder der Gesundheit entgegenzuführen.

Uns alle muß der Gedanke beherrschen, daß wir sowohl Wichtigen wie Rechte haben. Dann wird unser Volk an die Wiederaufrichtung glauben lernen. (Bravo!)

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung verläßt sich das Haus auf Montag.

Unser Angebot an die Entente.

Raum und Lust zur Arbeit.

11. Berlin, 31. Mai.

Bei der Beurteilung der deutschen Friedensvorschlüsse an die Entente geht die Öffentlichkeit vielfach von falschen Voraussetzungen aus. Das tritt besonders bei der Bewertung der finanziellen Seite zutage.

Für die deutsche Regierung lag das Prinzip fest, von dem ausgegangen werden mußte. Wir hatten es im Waffenstillstand anerkannt, in dem wir uns auf die 14 Punkte Wilsons und die erläuternde Lausingsnote verpflichteten. In diesen beiden Rundgebungen war ausdrücklich festgelegt, daß Deutschland nur die in Belgien und Nordfrankreich der Zivilbevölkerung entstandenen Schäden aufkommen müßte. Darüber hinausgehende Ansprüche, wie etwa Vergütung in gleicher Weise für andere Gebiete, wie Rumänien, Italien, den Forderungen für gegnerische Kriegsverletzte, deren Pensionen, Familienunterstützungen usw. werden in unseren Friedensvorschlüssen abgelehnt. Angriffe auf unsere Vorschläge sind deshalb nach Ansicht maßgebender Stellen durchaus ungerechtfertigt, da nur notorische Verpflichtungen berücksichtigt wurden.

Einige Zweifel konnten über die Frage entstehen, warum wir auch die gesamten Kriegskosten Belgiens übernehmen wollen. Hier lag aber das Wort des bei Kriegsbeginn leitenden deutschen Staatsmannes vor von dem Unrecht an Belgien, daß wir wieder gutmachen wollten. Die Wilsonnote sprach von der völli gen Wiederherstellung Belgiens. Es erschien nicht tunlich, aus dieser vollständigen Wiedergutmachung irgend etwas aus-

zuscheiden, auch nicht die Übernahme der Belgien durch Kriegsdarlehen seiner Alliierten erwiesen lassen.

Der angebotene Betrag von 100 Milliarden in Goldwert ist unter Höchstangebot, und zwar ist eine Abzahlung von einer Milliarde pro Jahr vorgesehen. Nach Abzug der ersten 20 Milliarden, die bis 1926 zu leisten sind, kämen 80 Jahre in Betracht, wobei es einwilligen dahingestellt bleibt, ob die objektive Schadensschätzung an diese Summe heranreicht. Voraussetzung für alle unsere wie auch für dieses finanzielle Angebot ist die in unseren Gegenvorschlägen niedergelegte Erwartung, daß Deutschland in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weder durch für uns unannehmbare territoriale Abtretungen noch durch sonstige Beschränkungen in den Zustand völliger Erschöpfung versetzt wird. Mit dieser notwendigen und freien Wirtschaftstätigkeit stehen und fallen unsere Vorschläge. Die Abgabe aus unserem Nationalvermögen stellt zwar eine ungeheure und schwer erschwungliche Leistung dar, aber wir wollen versuchen, sie auf uns zu nehmen, wenn wir die Möglichkeit des Arbeitens haben. Gearbeitet muß in Zukunft in Deutschland werden, mehr wie bisher, Sparsamkeit muß die oberste Richtschnur sein. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, die uns gestellte Lebensaufgabe zu bewältigen.

Raum und Luft brauchen wir zur Arbeit und dieses Verlangen sprechen wir in unseren Vorschlägen aus, durch deren Anerkennung wir uns zur Gegenleistung bereit erklären. Sonst nicht. Das ist die leitende Idee gewesen bei den Angeboten, die unter allen Umständen von den jetzt leitenden Stellen festgehalten werden wird. Ihre Verwerfung durch die Entente würde uns durch die Zerstörung unserer ethischen Ausgleichswillens vor eine vollständig neue Lage stellen.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen.

Eine neue Note des Grafen Rantzau.

In einer längeren Note an Clemenceau erteilt Graf Rantzau die Antwort auf die ablehnende Note vom 20. Mai über die Gefangenensfrage. In der Antwort heißt es u. a.:

Deutschland hat jederzeit die unterschiedslose Freigabe aller Kriegs- und Zivilgefangenen der alliierten und assoziierten Mächte angedeutet, es muß nun auch auf seinem Anspruch bestehen, daß seinen Armeangehörigen gegenüber von Seiten der alliierten und assoziierten Regierungen in gleicher Weise verfahren wird. Deutschland hat mehrere Tausende der alliierten und assoziierten Mächten angehörige Kriegs- und Zivilgefangene freigelassen, die wegen schwerer, während der Gefangenschaft auf deutschem Boden begangener gemeiner Verbrechen oder Vergehen verurteilt worden waren.

Die alliierten und assoziierten Regierungen haben in ihrer Note vom 2. d. Mts. erklärt, daß kein Vergleich gezogen werden könne in der Behandlung der Kriegsgefangenen durch die deutsche Regierung einerseits und die alliierten und assoziierten Mächte andererseits. Die deutsche Friedensbeziehung muß diese einseitige Behauptung, die eine Grundlage für die objektive Feststellung der Wahrheit nicht bilden kann, mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Die deutsche Regierung hat das Urteil der Welt hinsichtlich der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen in Deutschland nicht zu scheuen.

Sie ist jederzeit bereit, die Frage der Behandlung der Kriegs- und Zivilgefangenen durch die verschiedenen kriegsführenden Mächte der Prüfung einer aus neutralen und unparteiischen Mitgliedern bestehenden Kommission zu übergeben. Sie würde die Einsetzung einer derartigen unparteiischen Stelle nur warm begrüßen, der sie mit dem gesamten Material auch die zahlreichen Beweise uneingeschränkter Behandlung vorlegen könnte, die deutsche Kriegsgefangene in Feindesland, namentlich in einzelnen Teilen Nord-Afrikas, in gewissen Lagern, Strafgefangenen und Lazaretten in Europa, sowie in der Armeegone erdulden mußten und zum Teil noch erdulden müssen.

In diesem Zusammenhang lenkt die deutsche Friedensdelegation die Aufmerksamkeit der alliierten und assoziierten Mächte auf das in Abschrift beigefügte, an das internationale Rote Kreuz gerichtete Schreiben vom 18. Februar 1919 hin.

Der Brief, auf den sich die Note bezieht, hat folgenden Wortlaut:

St. Etienne du Rouvray, den 15. Februar 1919.

Mein Herr! Entschuldigen Sie, wenn wir Frauen von Einberufenen uns erlauben, Ihnen zu schreiben. Wir

Ein Jugendtraum.

Novelle von Hans Albrecht.

(Nachdruck verboten.)

„Doch genug von unseren Zukunftsplänen“, fügte er wieder heiter werdend, hinzu. „Überlassen wir das weitere dem gütigen Schicksalswalten!“

Er reichte ihr zum Abschied die fein behandschulte Rechte.

„Auf baldiges Wiedersehen — und nehmen Sie die besten Wünsche zweier Menschen mit sich, die Ihnen diese Stunde nie vergessen werden“, sagte Frau Robin sehr herzlich.

Sie küßte den warmen Druck seiner Hand — dann war er gegangen.

Die Geißin trat aus Fenster und blickte hinab. Sie blickte der hohen, vornehmen Männergestalt nach, die mit elastischen Schritten das Haus verließ, und faltete beständig die Hände.

„Gott segne ihn, und dem Himmel sei Dank!“ flüsterte sie.

Wenn mein Kind eine Künstlerin würde! fuhr sie fort. „Eine Künstlerin! O, mache es stark, Du barmherziger Gott! Bewahre meinem Kinde, wenn Du mich abgerufen, stets ein glänzendes und gutes Herz!“

Leuchtend warf die scheidelnde Maitresse ihren goldenen Schein über die Wiebel der Häuser in das stille Zimmer hinein, und auch das Antlitz der Maitresse glühte der lachende Sonnenbild. Und in ihr Gemüt zog ein Gefühl von Frieden so leicht und mild und verklärend, wie Abendsonnenschein.

Für Elise Robin folgte nun ein Lebensabschnitt, der manche Veränderung in ihren bisherigen Gewohnheiten brachte. An bestimmten Abenden der Woche, wenn Elises Vater im Theater beschäftigt war, kam Bruno von Volkstadt. Ganz neue Gedanken und Anschauungen gewann sie in dem Verkehr mit dem feingebildeten und gemütvollen Manne, und stets hielt sich der Umgang zwischen beiden strengstens in den von gegenseitiger Achtung gebotenen Grenzen. Oft ließ der Baron ihr Bücher, die, sorgfältig gewählt, reichen Stoff zur Anregung und Belehrung boten, belletristische und auch populärwissenschaftliche Werke. Aus ihnen pflegte Elise in stillen, traulichen Abendstunden der Mutter vorzulesen, und stets mußte das junge Mäd-

chen ihnen mitteilen, was sich in unserer Stadt St. Etienne abspielte. Die deutschen Gefangenen, die auf der Eisenbahn beschäftigt sind, werden wie Sträflinge behandelt. Sie werden wie Hunde geschlagen und schlecht ernährt. Das bricht uns Frauen und Müttern der Einberufenen das Herz. Denn wir sehen, daß diese Männer vor Hunger sterben. Trotzdem es uns selbst an Brot fehlt, können wir nicht anders, als ihnen von Zeit zu Zeit, wenn der Zufall es gestattet, Brot zuwerfen. Sie stürzen sich darauf wie ausgehungerte Tiere. Die französischen Wächter behandeln sie roh, nur wegen eines Bißens Brot. Wir hoffen, mein Herr, daß Sie in dieser Angelegenheit einschreiten werden, um ihr Los zu verbessern. Wir haben deswegen schon an mehrere Stellen geschrieben, leider aber ohne jeden Erfolg. Wir begrüßen Sie: Eine Gruppe Arbeiterinnen aus St. Etienne du Rouvray bei Rouen (Seine-Inférieure).

Selberich gegen Dernburg.

„Unerreicht und unerreichbar an Selbsterstörung!“ Der ehemalige Staatssekretär Dr. Selberich wendet sich scharf gegen den Reichsfinanzminister Dernburg in bezug auf dessen Zustimmung zu den deutschen Gegenvorschlägen.

Selberich nennt diese Gegenvorschläge unserer Regierung unerreichbar und unerreichbar an Selbsterstörung und Selbsterstörung. Die Gegenvorschläge gegen das Todesurteil unserer Feinde, meint er, lauten auf Selbstmord. Während die Feinde die Summe der von uns zu zahlenden Entschädigung offen liegen, bietet unsere Regierung eine Leistung bis zu 100 Milliarden Goldmark an, einen Höchstbetrag, auf den unsere Feinde uns selbstverständlich festlegen werden. Wie kommen, fragt Dr. Selberich, um alles in der Welt die Leute, die heute das deutsche Volk regieren, auf die wahnwitzige Idee, unseren Feinden 100 Milliarden Goldmark anzubieten? In früheren Äußerungen bezeichnete Herr Dernburg selber einen Frieden, der uns sekundäre Opfer über unsere Leistungsfähigkeit hinaus zumuten würde, als unannehmbar. Jetzt reicht er seine Hand zu dem Angebot von hundert Milliarden Mark. Dr. Selberich weist nach, daß damit der wirklich von uns angerichtete Schaden in Belgien und Nord-Frankreich bedeutend überschritten wird, ebenso aber auch unsere Leistungsfähigkeit in Anbetracht des in Krieg und Revolutionswirtschaft stark zusammengeschrumpften deutschen Volkvermögens. Auch bei der Verteilung auf einen langen Zeitraum werden alle Mittel der Besteuerung für die Beschaffung dieser gewaltigen Summe verfliegen. Es würde nichts übrig bleiben, als die von unseren Feinden bewußt gewollte Zwangsbesetzung in das deutsche Staats- und Privatvermögen. Diese ist aber nichts anderes, als die in Schleuderpreisen erfolgende Auslieferung unseres Volkvermögens an unsere Feinde, die zu Herren und Eigentümern nicht nur unseres öffentlichen Vermögens der Eisenbahnen, Hafenanlagen, Domänen, Staatsforsten, staatlichen Bergwerke, sondern auch unserer Fabriken, Werke und Werkstätten, unseres privaten Grundbesitzes in Stadt und Land, unseres lebenden und toten Inventars jeder Art werden würden.

Selberich ist weiter der Ansicht, daß gerade unsere Arbeiterschaft die ganze Härte, die in den deutschen Gegenvorschlägen liege, am eigenen Leibe zu spüren bekomme. Unsere Sozialpolitik werde künftig in Paris, London und Remonport gemacht und in Deutschland nachgeahmt mit Maschinenengewehren durchgeführt werden. Die Hungerschaube werde eine Dauereinrichtung für uns sein.

Die letzten Entscheidungskämpfe des Krieges.

Österreichs Friedensangebot vom September 1918.

Eine Veröffentlichung des Generals Cramon, des deutschen Militärbevollmächtigten in Wien, gestattet einen interessanten Einblick in die letzten großen militärischen und politischen Geschehnisse des Jahres 1918 und in die Zusammenarbeit mit Österreich. Der General weist den Vorwurf zurück, daß die deutsche Heeresleitung es nicht verstanden habe, alle verfügbaren Kräfte zum Entscheidungskampf zusammenzubringen, deutscherseits die Mitwirkung von k. und k. Truppen mit großer Gehe ausgeschrieben worden sei und daß k. und k. Armeekommando nicht genügend Einblick in die deutschen Verhältnisse gehabt hätte. Vielmehr sei der von der deutschen Obersten Heeresleitung für die Frühjahrsoffensive 1918 gefaßte Plan dem k. und k. Armeekommando bekannt gewesen. Auch sei protokolllär festgestellt, daß deutscherseits die Mitwirkung von k. und k. Truppen in möglichst großer Zahl freudig begrüßt werden würde. Daß später für die Entscheidungskämpfe nur k. und k. Artillerie, aber nicht Infanterie zur Verfügung gestellt wurde, sei nicht Deutschlands Schuld. General Cramon widerlegt ferner die Behauptung, daß das

Gen seinem Mentor berichten, wie der Inhalt erfaßt worden war und was noch seiner Erläuterung bedurfte.

Mit frohem Glücksgefühl erkannte Frau Robin, wie das Wesen ihrer Tochter durch den Verkehr mit dem Freiherrn vertieft und gesteigert wurde. Und wenn das Mutterauge zuweilen sich besorgte in der Seele des Kindes, so nahm es doch beruhigt wahr, daß sie nicht mehr als die herzlichste, freundschaftliche Zuneigung zu dem Wohlthäter in sich zu bewahren schien.

Herrn von Volkstads Großmutter setzte Elise jetzt recht häufig in die Lage, ihrem Lieblingswunsch Folge zu geben und das Theater besuchen zu können. Zwar suchte Elise nicht mehr das Vorstadtheater, in dem sie den Baron zuerst gesehen, sondern die von diesem geschenkten Eintrittskarten führten sie in das Schauspiel- und das Opernhaus. Zumal in letzterem fand Elise einen bisher nie gekannten, hohen Genieß, und die Tuschsprünge berühmter Meister übten einen tiefen und wirksamen Einfluß auf sie aus und förderten das Studium, das Elise bei einem viel gesuchten Musiklehrer, zu dem Herr von Volkstads sie führte, begonnen.

Der Künstler zeigte sich freudig überrascht von der Begabung seiner neuen Schülerin, lobte die Fortschritte, die das Studium zeigte, den Eifer, den Elise Robin bewies, und erhoffte zuverlässig die günstigsten Resultate von ihrer Ausbildung.

Schnell war der Sommer vergangen. Der Herbst zog ins Land, rauhe Stürme brausen einher und wirbelten wellendes Laub von den Bäumen.

Zu vornehmsten Teile des Villenviertels von B., vor einem reizvoll gelegenen Landhause, hielt eine herrschaftliche Equipage und gallonierte Diener hatten soeben einen schweren Reisekoffer auf den Autostiefen gehoben.

Fest auf den Arm eines jungen, stattlichen Herrn gestützt, schritt ein weißhaariger, gebückter Greis mit müden und langsamem Schritten dem Wagen zu.

Nachdem er Platz genommen und ein Laß sorgsam schützende, wärmende Decken über seine Knie gebreitet hatte, stieg auch sein Begleiter in den Wagen ein.

„Fast Du alle Dispositionen für unsere Abwesenheit und Reise getroffen, Bruno?“

„Ja, Vater. Es ist alles besorgt. Du kannst ruhig reisen.“

Die Wagenkür wurde fast geräuschlos geschlossen. Ein

Friedensangebot Österreich-Ungarns am 14. September 1918 nicht gegen den Willen Deutschlands, sondern unter dem Zwange der Verhältnisse im künftigen Eimerländnis, wenn nicht auf Geheiß Deutschlands, erfolgt sei. Diese Ausführungen stellten geradezu die Dinge auf den Kopf. Zutreffend sei wohl, daß die k. und k. Regierung seit der deutschen Rückwärtsbewegung auf das Friedensangebot drang, und dies in Form einer Anregung in gemeinsamen Besprechungen in die Welt senden wollte. Deutscherseits habe man aber anfänglich den Zeitpunkt für diesen Schritt für noch nicht gekommen gehalten, ganz besonders aber ein einseitiges Vorgehen Österreich-Ungarns geradezu für verhängnisvoll erklärt und aufs entschiedenste davon abgeraten, weil für die Öffentlichkeit die Divergenz zwischen den beiden Staaten zu offenkundig und die Ablehnung des Angebotes infolgedessen absolut sicher erschien. Man glaubte in Wien des Erfolges sicher zu sein, und das Angebot wurde durchaus gegen den Willen aller maßgebenden Persönlichkeiten in Deutschland der Öffentlichkeit übergeben.

Die neuen Blockadebestimmungen.

Völlige Freigabe der Lebensmitteleinfuhr.

Der Oberste Wirtschaftsrat der Entente hat eine weitergehende Erleichterung der Blockade verfügt. Danach ist die Einfuhr von Lebensmitteln nunmehr für Deutschland innerhalb der monatlichen Kontingentmenge völlig freigegeben und kann von jedem Lande, das nach Deutschland exportieren will, ohne jede Formlichkeit vorgenommen werden. Die Freigabe der Einfuhr aus den umliegenden neutralen Staaten wird nicht in das Kontingent eingerechnet. Deutschland kann alle Waren, die nicht auf der Verbotsliste (Gold, Silber, Effekten, Kriegsmaterial) oder auf der Sperreliste (Kohle und Koks jeder Art; unbearbeitetes Holz, Bauholz, Holzmasse, Druckpapier; Farbstoffe; Eisen und Stahlerzeugnisse; nämlich Gefäße, Walzen, Barren, Konstruktionsstahl, Stahlbleche, Stahlblech; Zuder; Fensterglas; Werkzeugmaschinen, elektrische Maschinen und ihre Zubehörteile) aufgeführt sind, ohne weitere Formlichkeiten nach jedem Lande ausführen, das diese Waren einführen wünscht. Alle Schwarzen Listen von Firmen und Personen in neutralen Ländern sind zurückgezogen worden, und alle Nachweise, die dem Handel und Verkehr mit solchen Firmen und Personen anhafteten, haben ihre Wirksamkeit verloren.

Zur rheinischen Loslösungsbestrebung.

Rücktritt der Abgeordneten Rastert und Ruchhoff.

Köln, 31. Mai.

Die Führer der rheinischen Loslösungsbestrebungen, die Zentrumsgesandten Rastert und Ruchhoff, haben ihre Mandate zur preussischen Landesversammlung niedergelegt. Sie erklärten, sie täten das in der Erwägung, daß über allen vernünftigen Fragen die Einheit und Geschlossenheit der Zentrumspartei stehen muß.

In den Kreisen der rheinischen Verwaltungsbehörden ist man der Ansicht, daß eine Auslösung der rheinischen Republik nicht mehr zu erwarten ist. Jedenfalls stehen die Hauptvertreter derjenigen Kreise, die früher die rheinische Republik betrieben haben, auf dem Standpunkt, daß zurzeit alle Bestrebungen zur Loslösung der Rheinlande von Preußen aufs schärfste verurteilt werden. Die rheinische Verwaltungsbehörde vertraut darauf, daß auch die rheinische Bevölkerung ihren Stolz daran setzen wird, das Vaterland in der Zeit seiner höchsten Not nicht im Stich zu lassen.

Totales und Provinzielles.

Salzer, den 3. Juni.

Giftpflanzen. Im Juni treten auf Feld und Flur viele Giftpflanzen auf, vor denen immer wieder gewarnt werden muß. Besonders in acht zu nehmen haben wir uns vor dem Maiglöckchen, das trotz seines auf den Mai hinweisenden Namens auch im Juni noch den Blumenmarkt beherrscht. So schön es duftet und aussieht, so leicht kann es das Leben gefährden. Erst kürzlich wurde gemeldet, daß ein junges Mädchen, das Maiglöckchen gepflückt und dann mit den ungewaschenen Händen ein sogenanntes „Blüthen“ (Büdel) im Gesicht entfernt hatte, einer Blutvergiftung erlag. Zu den Giftpflanzen gehört ferner auf den Wiesen der Hahnenfuß und in den Gärten und Parks der besonders gefährliche Goldregen mit seinen schönen

tiefe nachdenklicher Blick des Greises streifte die prächtige Villa mit ihren sorgsam gepflegten Parkanlagen, dann winkte er mit der Hand den ehrwürdigen und mit entblößten Häutern am Gittertor stehenden Lakaien einen Abschiedsgruß zu, und es war, als zuckte in seinem strengen, scharf geschnittenen Gesichtszügen schmerzliche Regung.

Die feurigen, edlen Herde, die unruhig auf dem Jagdbann geschauert, zogen an, und in hellem Tempo rollte der Wagen davon.

Der Greis lehnte sich mit einem Seufzer tief in die Kissen des Wagens zurück.

Es war wohl heute das letzte Mal, daß meine Dienerschaft sich vor den lästigen Dämonen eines Kranken fürchten mußte, sagte er mit matter, klangloser Stimme, bald leicht zieht schon bald in das Haus, das wir sieben verlassen, wie in unser altes Stammschloß zu Volkstads, zu neuer Gebieter ein. Denn mit mir — ich fühle es — geht bald zu Ende.

Ein pfiegender Hustenanfall schloß seine Rede ab.

„Vater!“ hat Bruno von Volkstads — der Begleiter des vornehmen, alten Herrn — ich bitte Dich, rede nicht so! Noch stets hat das herrliche Klima unter sonnigem, bläulichen Himmel die Linderung verschafft und die reizvolle Gegend Dein trübes Gemüt erheitert. Dort wirst Du den rauhen Herbst in der Heimat und die trüben Gedanken hoffentlich bald vergessen.“

„Du bist ein guter Sohn, Bruno, Du warst die Freude und der Stolz meines Lebens. Aber sprich nicht von der Hoffnung und Besserung. Ich täusche mich über mein Leiden nicht, ich weiß, was der stehende, qualende Schmerz in der Brust hier-drinnen bedeutet — der Tod ist es, Bruno, der Tod! Und ich muß Alles zurücklassen, woran mein Herz gehangen: Ehren, Macht, Glanz und Besitz — Alles!“

„Aber das eine verprieß mir, Bruno“, fuhr der Freiherr eindringlich fort, „verprieß mir, in Allem ein würdiger Erbe meines Namens zu sein, wenn ich nicht mehr bin! Gewiß — Du wirst es! Und halte Dich frei von der Verirrung unserer Zeit, die schroff mit alten und bewährten Traditionen bricht — Traditionen, die unseren Stand gestützt haben Jahrhunderte hindurch. Vorurteilsfrei nannten sie sich, und schenen sich, es zu verdammen, wenn Cavaliere, Grafen und Barone, bürgerliche Mädchen, ja solche aus untergeordneten Ständen, mit den Edelkronen alter Geschlechter schmückten. Aber es tut nicht an Bruno — tut sehr selten aut!“

(Fortsetzung folgt.)

Danksagung.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim
Heimgang unsers teuren Entschlafenen sagen wir
Allen herzlichsten Dank.

Familie Ferdinand Bergmann.

Halver, den 1. Juni 1919.

Amst Halver.

Abgabe von Kleidungsstücken, Schuhen usw.

In der amtlichen Verkaufsstelle Halver, Berlinerstr. 35 werden die nachbezeichneten Waren zu herabgesetzten Preisen abgegeben. Es werden verkauft:

- a) 1 Paar: Kriegsschuhe in den gängbaren Gr. zu 5 Mk., Männersocken zu 2,45 Mk., Kinderstrümpfe je nach Gr. zu 1,60—2,80 Mk., Frauenstrümpfe zu 2,80 Mk., Filzschuhe je nach Ausführung zu 11 u. 12 Mk., Ersatzlederriemen zu 0,25 Mk., Korbriemen zu 0,30 Mk., Schnürriemen zu 0,60 Mk., Militärstiefel zu 23,50 Mk., Kriegssohlen zu 0,75 Mk., Herkules-Holzsohlen mit Absatzflicken zu 0,25 Mk., b) 1 Stück: Blauleinene Anzüge zu 35,00 Mk., Litewken zu 26,00 Mk., Mädchenhemden je nach Gr. zu 4—10 Mk., Erstlingshemden zu 1,50 Mk., Nabelbinden zu 0,50 Mk., Aufnehmer zu 2,00 Mk., Männerpelze 10,00 Mk., Knabenpelze zu 8,00 Mk., Mädchenpelze zu 8,00 Mk., c) 1 kg: Sohlenschoner zu 3,00 Mk., Strickgarn 35,00 Mk., gestauchte Drahtstifte zu 5,00 Mk., Sohlennägel zu 5,00 Mk., Spezial-Tacks 9m/m—20m/m 3,00 Mk.

Die Abgabe erfolgt an Eingeseffene des Amtes Halver bis auf weiteres an Wochentagen während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 12 1/2 Uhr nachmittags.

Halver, den 12. Mai 1919.

Der Amtmann.

Bekämpfung des Wohnungsmangels.

Im Amtsbezirk Halver macht sich ein Mangel an Kleinwohnungen in stärkerem Maße fühlbar. — Diesem Mangel zu begegnen wird gemäß der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 28. September 1918 u. a. beabsichtigt, von Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner übergrößer erscheinen, solche für die Bewohner entbehrliche Teile abzutrennen und für den allgemeinen Wohnungsbedarf in Anspruch zu nehmen, die ohne erhebliche bauliche Veränderungen zur Verwendung als räumlich und wirtschaftlich selbständige Wohnungen herzurichten sind.

Die erforderliche Zustimmung des Herrn Staatskommissars für das Wohnungswesen ist bereits beantragt. Sie wird voraussichtlich erteilt werden.

Indem ich die Besitzer größerer Wohnungen auf die darnach in Aussicht stehende Maßnahme hinweise, gebe ich ihnen zur baldigen Entschließung anheim, schon jetzt verfügbare Wohnungsteile im Sinne der Maßnahme entweder bei dem amtlichen Wohnungsnachweis im Amtshaus zur Vermietungs-Vermittlung anzumelden oder im mittelbar an einheimische Wohnungssuchende abzugeben. Ist erst die die Maßnahme regelnde Anordnung in Kraft getreten, so werden die Wohnungen lediglich nach dem Ermessen der zuständigen Wohnungskommission im Rahmen des Bedürfnisses in Anspruch genommen werden.

Halver, den 22. April 1919.

Der Amtmann.

Amst Lüdenscheid.

Kleinverkaufspreis für Auslandskartoffeln.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Herrn Landrats zu Altena vom 28. Mai 1919 wird der Kleinverkaufspreis der Auslandskartoffeln — sofern solche eingehen sollten — für den Amtsbezirk Lüdenscheid auf 35 Pfennig pro Pfd. festgesetzt. Nur solche Personen erhalten Kartoffeln welche nachweislich keine Kartoffeln mehr haben oder im Besitze einer amtlichen Kartoffelkarte sind, laut welcher ein Anspruch auf Kartoffeln besteht. Bei der Abholung der Kartoffeln ist der Lebensmittelausweis vorzulegen. Für die Qualität der Kartoffeln kann keine Garantie geleistet werden.

Neben der Zahl 1 in der Spalte für „allgemeine Lebensmittel“ hat die Verteilungsstelle die Abgabe von Kartoffeln durch ein „K“ zu bezeichnen und daneben die abgegebene Menge zu vermerken. Die Eintragungen müssen mit Tintenstift erfolgen.

Die Zeiten, zu welchen Kartoffeln ausgegeben werden, sind durch Aushang in den Verteilungsstellen zu erteilen.

Lüdenscheid, den 31. Mai 1919.

Der Amtmann.

Lebensmittelverkauf.

Gruppen.

Warenkarte grüne Nr. 7 rote Nr. 7 Kopfmenge je 200 Gr. Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,19 Mk.

Teigwaren.

Warenkarte grüne Nr. 8 rote Nr. 8 Kopfmenge je 250 Gr. Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,33 Mk.

Saferknoten.

Warenkarte grüne Nr. 9 rote Nr. 9 Kopfmenge je 75 Gr. Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,19 Mk.

Weizengries.

Warenkarte grüne Nr. 10 rote Nr. 10 Kopfmenge je 125 Gr. Verkaufspreis pro Kopfmenge 0,12 Mk.

Verkaufszeit vom 3. bis 10. Juni 1919.

Lüdenscheid, den 28. Mai 1919.

Das Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Die Hecken, Sträucher und Bäume an öffentlichen Wegen sind bis zum 15. Juni ds. Js. ordnungsmäßig zu beschneiden und beizuhauen.

Nach diesem Termin wird gegen die säumigen Anlieger mit Zwangsmahregeln vorgegangen werden.

Lüdenscheid, den 28. Mai 1919.

Der Amtmann.

U. S. P.

Ortsgruppe Halver.

Am Mittwoch, 4. ds. Mts.,
abends punkt 8 Uhr
im Saale d. Herrn C. Fasbender
Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Friedensfrage.
2. Was heißt Sozialisierung.
3. Volkshochschule.
4. Beginn eines Anstandskurses.
5. Verschiedenes.

Ein vollständiges Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist dringend erforderlich. Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Der Vorstand.

Mitglieder der Ortsgruppe des
Bolschewismus und mittleren
Ennepebades in Niederennepe.

Am Mittwoch, den 11. Juni
nachm. 5 Uhr findet im
Saale des Herrn Emil Schulte
in Ennepe eine

Generalversammlung.

statt.

- Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes.
2. Besprechung über vorzunehmende Reparaturarbeiten.
Wegen Wichtigkeit der Angelegenheiten wird um das Erscheinen aller Beteiligten gebeten.

Der Vorsteher: Emil Tade.

Wer ohne Erlaubnis

in meinen Wäldungen Holz
fällt oder holt, wird zur
Anzeige gebracht.

Wilh. Haase, Rönshol.

Einige
Mädchen sowie
jugendl. Arbeiter

sofort gesucht bei gutem Lohn
und dauernde Beschäftigung.

Gebr. Dahlhaus,
Stephansohl b. Brügge.

Tüchtige
Kontoristin

mit längerer Kontorpraxis
für Juli oder später gesucht.
Offerten unter St. 1074
an den Allgemeinen Anzeiger,
Halver.

Für sofort tüchtiges er-
fahrenes

Dienstmädchen

das melken kann gesucht.
Gebr. Jung,
Garthausen.

Ich suche zum 15. Juni für
meinen kleinen Haushalt in
Böhwinkel — Hauerstein bei
Elberfeld ein erfahrenes, kinder-
liebendes

Mädchen

für alle Hausarbeit außer
Wäsche gegen hohen Lohn.
Näheres bei Frau Emil
Lumbeck, Kierspe-Str.

Ein ordentliches

Mädchen

für sofort gesucht.

Frau H. Balzer, Halver.

Halte in den nächsten
Tagen mehrere Waggons

Braunkohlen.

Bestellungen nehme entgegen.

Albert Herdepe, Halver.

Bekanntmachung.

Die Zwischenscheine der IX. Kriegsanleihe

für die 4¹/₂ % **Schabanweisungen** können vom 4. Juni ab,
für die 5 % **Schuldverschreibungen** vom 23. Juni ds. Js. ab
in die entgeltlichen Stücke mit Zinscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum 5. Dezember 1919 die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“ in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts oberhalb der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen der früheren Kriegsanleihen ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen“, Berlin W 8, Behrenstraße 22, zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein.

v. Grimm.

Tanzunterricht.

Am Mittwoch, den 11. d.
Mts. beginnend, werde ich
im Saale des Herrn Carl
Theimann, Carlshöhe einen
Kursus für

Rund- und
Gesellschaftstänze

eröffnen.
Unterrichtsstunden für Kinder
von 4 1/2—6 1/2 Uhr nachmittags
für Erwachsene von 8—10
Uhr abends.

Um rege Beteiligung bittet
Fr. Kattwinkel,
Mitglied des Bundes
deutscher Tanzlehrer.

Ausgel. Musiker an der
berühmten Musikschule in
Nachen erteilt

Unterricht
in Klavier-, Violin- und
Harmoniumspielen.

Otto Börsch,
Kreuzberg bei Wipperfurth.
Auskunft erteilt Th. Haase
Hotel zum Löwen, Halver.

Reines Leinöl

hat abzugeben

Karl Kaiser,
Glas- und Farbwaren-Groß-
handlung, Lüdenscheid.
Börsestraße 9, Fernspr. 201.

Sämtliche
Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wischbürsten
Waschbürsten
Abstreifbürsten
Handseger
Haarbürsten
Strahnenbesen
usw. usw.
empfiehlt

Wilh. Bell jr., Halver.

Pfingstkarten

in großer Auswahl.

Fritz Hermann Bohmer,
Schalksmühle.

Dienstag früh, den 3. Juni
erhalte ich eine Auswahl prima
schwere

Ferkel.

und

Läuferschweine.

A. Kerspe, Halver.

Statt Karten.

Paula vom Brocke

Georg Uhle

Verlobte.

Halverscheid

Oedental
b. Lüdenscheid

im Juni 1919.



Männer-Gesang-Berein
u. Damenchor „Arion“ Halver.
Leitung: Musikdirektor Ernst
Sanjen, Elberfeld.

Am 1. Pfingstfeiertage nachmittags 4 1/2 Uhr
im Saale des Herrn Carl Theimann, Carlshöhe

großes Konzert
mit nachfolgendem Ball.

Ausführende: Musikdirektor Ernst Sanjen,
Elberfeld Bariton,
Fräulein Mathilde Schwab,
Elberfeld Klavier,
Damen- u. Männerchor „Arion“
Halver.

Zur Aufführung gelangen unter anderem:
Bariton-Solos, Männer-, Damen-
und 6stimmig gemischte Chöre.

Eintrittspreise: Zum Konzert im Vorverkauf
1,50 Mark, Kasse 2,00 Mark
Ball 2,00 Mark.

Karten im Vorverkauf sind zu haben im
Vereinslokal Gasthof „zum Adler“, bei den Herren
Friseurs Fritz Hedderich und Otto Abel, sowie
bei den Mitgliedern.

Unsere Ehren- und passiven Mitglieder laden
wir hierzu freundlichst ein.

Um Störungen zu vermeiden, kann Kindern
unter 14 Jahren der Eintritt nicht gestattet werden.

Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Der Vorstand.

Als passendes Geschenk für Kinder empfehle

Taschen-Kinoscop

mit 50 Originalaufnahmen

das Entzücken der Jugend

Verkaufspreis 4,— Mk.

Wilh. Bell jr., Halver.

Amst-Waldungen.

Der Aufenthalt in den Amtswaldungen außerhalb
der öffentlichen Wege wird unbefugten erneut untersagt.
Nach den Bestimmungen der Regierungs-Polizei-Verord-
nung vom 20. April 1882 ist das Rauchen im Bereiche
der Waldungen verboten.

Die Sicherheitsbeamten sind angewiesen, Uebertre-
tungen zur Anzeige zu bringen.

Halver, den 12. März 1919.

Der Amtmann.